

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Wladimir Kocobin  
Herausgeber: Wladimir Kocobin  
Redaktion: Wladimir Kocobin  
Verlag: Wladimir Kocobin

Bezugspreis bei täglich zweifacher Zahlung monatlich 3,00 RM. (einschl. 10 Pf. für den Postzuschlag). Bei halbjährlicher Zahlung 5,00 RM. (einschl. 10 Pf. für den Postzuschlag). Bei vierteljährlicher Zahlung 2,50 RM. (einschl. 10 Pf. für den Postzuschlag). Bei einmonatlicher Zahlung 1,00 RM. (einschl. 10 Pf. für den Postzuschlag). Bei Abnahme von 100 Exemplaren 10% Rabatt. Bei Abnahme von 500 Exemplaren 20% Rabatt. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 30% Rabatt. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 40% Rabatt. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 50% Rabatt. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 60% Rabatt. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 70% Rabatt. Bei Abnahme von 500000 Exemplaren 80% Rabatt. Bei Abnahme von 1000000 Exemplaren 90% Rabatt.

Druck v. Verlag: Kocobin & Kocobin  
Verlag: Kocobin & Kocobin  
Druck: Kocobin & Kocobin

## Nur ein Programmpunkt: Arbeit schaffen

### Des Reichsfinanziers Rede im Rundfunk

Berlin, 15. Dez. Reichsfinanzier von Schleicher sprach am Donnerstag 19 Uhr im Rundfunk. Seine Rede wurde von allen deutschen Sendern übernommen. Der Reichsfinanzier begann damit, daß er die Bemerkungen des Generals und Alterspräsidenten Vismann im Reichstag über den Reichspräsidenten aufs Schärfste zurückwies. „Wenn auch die historische Persönlichkeit des Herrn Reichspräsidenten weit über derartigen Angriffen steht, so bleibt es doch tief beunruhigend, daß ein angehender General des Weltkrieges mit diesen Angriffen nicht nur gegen das Staatsoberhaupt, sondern auch gegen den alten Kameraden und seinen großen Führer im Weltkrieg Stellung genommen hat. Dies hier zum Ausdruck zu bringen, ist mir Pflicht und Bedürfnis, sowohl als Reichsfinanzier wie als Soldat.“ — Der Reichsfinanzier fuhr fort, er habe

vorzuziehen. Das ist aber nur zu erreichen, wenn man neben dem wirtschaftlichen auch psychologische Gesichtspunkte zur Geltung kommen läßt.“ In diesem Zusammenhang erwähnte von Schleicher die Ernennung des

#### Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

„Seine Aufgabe wird es sein, jeder Arbeitsmöglichkeit nachzugehen, ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen und seine Durchführung zu überwachen, wobei er bürokratischen und sonstigen Hemmnissen entgegen zu treten hat. Die Aufgabe des Reichskommissars ist es, die vorhandenen Produktionskräfte und auf ihre Verbesserung abgesehen werden, und die Vergebung der Arbeiten an Unternehmer in die Ausführung in eigener Regie vorzuziehen. Außerdem wird sichergestellt werden, daß die bereitgestellten Geldmittel ausschließlich für die Finanzierung dieser Arbeiten verwendet werden. Entscheidend wichtig war es, daß eine Lösung gefunden wurde, die jede Inflation ausschließt. Dafür bietet die Mitarbeit des Reichsbankpräsidenten Luther, den man wohl als den Gralshüter der Währung bezeichnen darf, die sicherste Garantie. In kurzen Sätzen kann man

#### die Finanzlage

wie folgt charakterisieren:

1. Wir werden im laufenden Haushaltsjahr ohne neue Steuern und ohne weitere Kürzungen der Personalausgaben durchkommen.
2. Das Reich hilft Ländern und Gemeinden, deren finanzielle Verhältnisse zum Teil sehr schwierig liegen, durch organisatorische und finanzielle Maßnahmen.

#### Zur Siedlungsfrage

erklärte der Reichsfinanzier: Gerade auch als Reichsminister muß ich auf die Bedeutung unserer Dömmark den größten Wert legen. Um in der Siedlungsfrage künftig schneller vorwärts zu kommen, ist innerhalb des Reichskabinetts dem Reichsfinanzier und in seiner Vertretung dem Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung ein besonderer Einfluß auf das Siedlungsproblem eingeräumt. Für das Jahr 1933 sind zunächst 20 Millionen Reichsmark für die Siedlungen im Haushaltsplan bereitgestellt. Weitere 20 Millionen werden unter Mitwirkung der Reichsbank vorfinanziert.

In den Landbezirken Lippenhe, Grenzmarf, Pommern und Mecklenburg wird der Siedlung folgende Land zugeführt werden:

- In Dömmen etwa 800 000 Morgen.
- Grenzmarf etwa 100 000.
- Pommern etwa 200 000.
- In beiden Mecklenburg etwa 120 000.

Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Zahlen in der Abwicklung des Siedlungsverfahrens, die aufs Äußerste beschleunigt wird, noch sehr erheblich erhöhen werden. Man darf nicht die Augen davor verschließen, daß jeder Siedlung besonders durch den Tiefstand der Preise der Verarbeitungsprodukte ernste Gefahren drohen. Die Reichsregierung hat bereits durch den Rentenentwurf der Siedler zu lindern suchen.

#### gegen die Annahme des Kanzleramts die allerwertesten Bedenken

gehabt, einmal, weil er nicht Nachfolger seines Freundes Papen, dieses Richters ohne Furcht und Tadel sein wollte, vor allem aber, weil der Reichsminister als Reichsfinanzier „nach Willkür diktieren“ und die Wehrmacht zu hart in die Politik gezogen werden könnte. „Für die Ueberlegung, daß eine solche Maßnahme den Ernst der Situation kennzeichnen und auf gewisse Weise die Wehrmacht würde, daß dadurch der tatsächliche Einfluß der Wehrmacht vermindert werden kann, hat mit zur Zurückhaltung meiner Bedenken veranlaßt. Ich möchte deshalb auch an alle Volksgenossen die Bitte richten, in mir nicht nur den Soldaten, sondern den überparteilichen Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten für eine hoffentlich nur kurze Zeit zu sehen, der nicht gekommen ist, das Schwert zu bringen, sondern den Frieden.“

#### Es liegt sich schlecht auf der Spitze der Bajonette

d. h., man kann auf die Dauer nicht, ohne eine breite Volkseinstimmung hinter sich zu haben, regieren. Ich gebe nicht über die Schwere meiner Aufgabe keine Illusion hin. Zunächst werde ich schon zufrieden sein, wenn die Volkvertretung, der ich für diese Zeit gern eine starke Dosis gestunden Mittrauen zubillige, der Regierung ohne Dineinreden Gelegenheit gibt, ihr Programm durchzuführen.

#### Dieses Programm besteht nur aus einem einzigen Punkt: Arbeit schaffen!

Alle Maßnahmen, die die Reichsregierung in den nächsten Monaten durchführen wird, werden mehr oder weniger diesem einen Ziel dienen. Ich möchte deshalb überzeugen können, daß den Deutschen aller Stände der eine Gedanke beherrscht: Arbeit und damit die Hoffnung zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg!

#### Alles andere interessiert uns nicht. Am wenigsten Verfassungsänderungen und sonstige schöne Dinge, von denen wir nicht satt werden.

In allen Bevölkerungsabsichten kämpft man mit demselben Mut und derselben verbliebenen Zähigkeit wie im Kriege heute gegen die schweren wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit. Das ist höchste Bewunderung wert, und deshalb muß es oberstes Gesetz jeder Staatsführung sein, diesen Kampf zu unterstützen und einer Verzweiflungs- und Katastropheneinstimmung

### Schleichers Einführung

Die Regierungserklärung, die Reichsfinanzier von Schleicher gestern abend auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Rundfunkwellen vor einem Millionenauditorium abgab, entsprach durchaus den Voraussetzungen. Man erfuhr nicht mehr und nicht weniger, aber die Ausdrucksweise, mit der Bekanntes vorgetragen wurde, vermittelte doch einen Einblick in die Denkwelt und Eigenart des führenden deutschen Staatsmannes, der eine Machtvolle in Händen hält wie keiner vor ihm. Es ist nicht die schneidig-sorgliche Sprache, die bei seinem Vorgänger von Papen viel deutlicher den Soldaten verriet, sondern die fast abwägende und sachliche Art des militärischen Führers, der auch einmal ein derbes Wort nicht scheut, seine Gedanken mit trockenem Humor zu würzen weiß und, allen vorgefaßten Meinungen abhold, die nichtsterne Staatsräson zur Richtschnur seines Handelns nimmt.

So behält Herr v. Schleicher gleich bei seiner Einführung den Ruf, der ihm vorausgeht: er will kein Schwerträger, sondern Friedensbringer sein. Mit unzweideutigen Worten lehnt er die Militärdiktatur als unzulässiges Mittel der Staatsführung in unserer politischen Lage ab. Und mit einer etwas spöttischen Bemerkung über die „Dinge, von denen man nicht satt wird“, fließt dann der „autoritäre“ Ballast aus der Papenzeit unter den Tisch: die Verfassungsreformpläne, mit denen sich Herr v. Gaus das Leben so teuer gemacht hat, der sozialpolitische Teil der Papen-Notverordnung als Geschenk an den Reichstag, und hinterdrein in einem Schwung die Terrorverordnung mit samt den Sondergerichten, allerdings nicht ohne Warnung an die berufsmäßige Deppreie und an die Kommunisten besonders, daß eine noch viel strengere „Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes“ schon in der Schublade bereit liegt, wenn die innere Beruhigung wider Erwarten nicht so weit fortgeschritten sein sollte, wie der Reichspräsident und der Reichsfinanzier annehmen. Nachdem aber diese Abkühlung, die „psychologischen Fehler der Papen-Regierung auszuräumen“ bereits bekannt und zum Teil schon in Durchführung war, konnten diese Ankündigungen nicht mehr überraschen.

Weiter behielten die Voraussetzungen auch insofern recht, als über den politischen Ausführungen des Kanzlers unter Beiseitehaltung aller nicht vordringlichen Fragen ein einziger Programmpunkt stand: das Wort Arbeitsbeschaffung mit harter Betonung des Willens zur sozialen Gerechtigkeit in den anzuwendenden Methoden. Diese sind allerdings nicht neu, sondern halten im wesentlichen an dem fest, was sich vom Papen-Programm her abgeleitet hat. Aber es soll ein neuer harter Antriebs gegeben und vor allem praktisch gearbeitet werden. Mit einer ironischen Handbewegung schließt Herr v. Schleicher die widerspruchsvollen Theorien der „sozialen“ Sachverständigen zur Seite und stellt unter Ablehnung aller harren Wirtschaftsdogmen nur einen Grundton auf: in der jeweiligen Lage das tun, was notwendig ist, um die Krise zu überwinden.

Mit dieser Zielfestlegung werden dann für die nächste Zeit einzelne Anhaltspunkte gegeben. Voran mit Komplimenten für den Reichsbankpräsidenten und den Reichsfinanzminister die übliche, aber bei uns notwendige Versicherung der unbedingten Inflationsverhütung. Ferner ein wertvolles Versprechen, auf das sich der Reichsfinanzier stützte, daß im kommenden Jahr das Reich den Ländern und Gemeinden über ihre Finanznot hinweghelfen wird, aber ohne neue Steuern und ohne weitere Kürzung der Personalausgaben. Ueber seine eigene Wirtschaftspolitik stellt der Kanzler das Bekenntnis, daß er „weder ein Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialismus“ sei und daß ihn auch das Wort „Planwirtschaft“ nicht schrecke. Auch diese Formulierung kann den nicht überraschen, der die politischen Richtlinien Schleichers kennt aus der Zeit, bevor er aus Kampfen der Öffentlichkeit trat. — Was er dann aber im einzelnen zur Erläuterung sagt, klingt nicht so feierlich wie in der Vergangenheit, sondern recht altvertraut. Der Landwirt wird — welcher Kanzler hat diesen Willen nicht befeuert? — Schutz und Schonung versprochen. Man hört das Wort vom Primat des Binnenmarktes, der vor allem beachtet werden muß, und die Abgabe an den Antarktegebau als Verhinderung für die Exportindustrie. Von den heil umstrittenen Kontingenten ist nicht mehr die Rede, an Stelle dieses diskreditierten Ausdrucks tritt das Versprechen sozialpolitischer Maßnahmen im Rahmen der

## Keine Dogmen in der Wirtschaftspolitik!

Der Reichsfinanzier sprach dann über die Entwicklung, die zur Zusammenballung der Menschen in den Großstädten geführt hat, und über die Notwendigkeit der inneren Kolonisation im Sinne Friedrichs des Großen. „Es liegt auf der Hand, daß alle diese Probleme aufs engste mit der Frage unserer Wirtschaftspolitik verbunden sind. Für den Chef einer Regierung wird es nicht immer ganz leicht sein, aus dem Wirrwarr der verschiedenen Ansichten eine Lösung zu finden.“

Ich habe — die Herren mögen die Indiskretion verzeihen — den Reichswirtschafts- und den Reichsfinanzminister, die beide ganz hervorragende Sachkenner und Vertreter ihrer Ansichten sind, in eine Konklave gelockt, um die richtige Mittellinie zu finden.

Aus der Tatsache, daß beide Herren heute friedlich und arbeitstüchtig im nächsten Anknüpfen, können Sie den Erfolg dieses Verfahrens ersehen. Ich bin feyerlich genug, einzugeben, daß ich weder ein Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialismus bin, daß für mich Begriffe wie Privatwirtschaft oder Planwirtschaft ihre Schrecken verloren haben, ganz einfach, weil es diese Begriffe in absoluter Reinheit im Wirtschaftsleben gar nicht mehr gibt, auch gar nicht geben kann.

Deshalb vertritt ich den Standpunkt, man soll in der Wirtschaft das tun, was im gegebenen Augenblick vernünftig ist, und sich nicht eines Dogmas wegen die Hände ein schlagen.

In diesem Sinne hält die Reichsregierung zur Zeit folgende wirtschaftlichen Richtlinien für vernünftig, was nicht ausschließt, daß nach Jahr und Tag die Situation andere Maßnahmen erfordert:

Es gilt, den erzkennlich hohen Stand der Erzeugung der Rohstoffe zu erhalten und der Landwirtschaft

geunde Erzeugungsbedingungen zu verschaffen. Die Arbeitslosigkeit kann auf die Dauer nur vermindert werden, wenn es gelingt, den Umfang der gewerblichen und industriellen Tätigkeit erheblich zu vergrößern. Die Regierung wird daher nach wie vor ihr Augenmerk

#### in erster Linie auf eine Belebung des Binnenmarktes

richten, der die härtesten Schrumpfungen aufweist. Vom Binnenmarkt her allein wird es nicht möglich sein, im eigenen Lande genügend Arbeitsmöglichkeiten bereitzustellen. Wir müssen für einen erheblichen Teil unserer Bevölkerung Beschäftigung dadurch schaffen, daß wir Waren für das Ausland erzeugen. Wir müssen auch den Warenaustausch mit dem Ausland pflegen.

#### Das Wirtschaftsprogramm der früheren Regierung

hält auch die gegenwärtige Regierung in seinen wesentlichen Zellen für eine geeignete Grundlage; sie ist sich aber darüber klar, daß es noch einer größeren Zeitspanne bedarf, um die vollen Auswirkungen dieses Programms festzustellen. Das gilt um so mehr, als wichtige Teile, wie z. B. die Steuerentlastungen und Beschäftigungsprämien, erst zu einem geringen Bruchteil oder noch gar nicht in Wirkung treten konnten. Auch die Durchführung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung in Höhe von einer Milliarde wird in ihrer vollen Wirkung erst nach Monaten in Erscheinung treten. Darüber hinaus wird die Reichsregierung die öffentlichen Arbeiten der Landwirtschaft ausbauen, wird die Reichsregierung die früher eingeleiteten Maßnahmen ausbauen. Sobald die handelspolitischen Schwierigkeiten fortlassen, wird die Reichsregierung von ihrer Sozialpolitik in dem Fortsetzung auf Seite 21

Heute: **Der D.N. Kraftfahrer**  
Seite 13 und 14